

# Schwierige Zeiten für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie

## Die gesellschaftliche Dimension des Tsunami am Indischen Ozean

Niklas Reese

Über 300.000 Menschen sind bei der Flutkatastrophe am Indischen Ozean am 26. Dezember 2004 auf einmal ums Leben gekommen. Darüber hinaus sind nach Angaben der Vereinten Nationen bis zu fünf Millionen Menschen in Aceh, Sri Lanka, Thailand, Indien und den Malediven unmittelbar oder mittelbar betroffen, indem sie Haus und Besitz verloren haben, schwerwiegende körperliche und seelische gesundheitliche Folgen davongetragen haben oder der Tsunami ihre Einkommensquelle zerstört hat.

Bis auf Sri Lanka und die Malediven sind die ökonomischen Auswirkungen der Flut auf die Volkswirtschaften in der Region allerdings gering. Die Industrie und Infrastruktur in der Region wurde von der Flut insgesamt gesehen kaum in Mitleidenschaft gezogen. Die betroffenen Regionen, sind meist ländlich und ohne viel Industrie. Und manche Länder rechnen damit, dass der Wiederaufbau und die vielen bereitgestellten finanziellen Mittel ein wirtschaftliches Wachstum auslösen.

### Vor allem die Armen

Dieser gesamtwirtschaftliche Blick ist aber nicht der Blick der „kleinen Leute“. Die Flutwelle hat vor allem die Armen und Ärmsten getroffen, diejenigen, die gerade so über die Runden kommen und sich mühsam eine kleine Existenz aufgebaut haben.

Weil die Flutländer über eine sehr unzureichende Infrastruktur verfügen, konnten die Bewohner/innen abgelegener Gebiete oft erst nach Wochen erreicht werden. Die wenigen Krankenhäuser waren im Nu überfüllt.

Viele der Betroffenen leb(t)en von der Fischerei; auch in den Tourismusgebieten lebte ein großer Teil der Bevölkerung nicht vom Tourismus, sondern von Fischfang, Garnelenzucht oder Landwirtschaft. Ihre Einkommensmöglichkeiten haben

sich dramatisch verschlechtert. Die Fischer können erst einmal nicht mehr auf Fang gehen, weil ihre Boote und Netze zerstört wurden. Durch die Flutwelle sind neben Häusern und Fischereigerät auch viele Korallenriffe vor der Küste zerstört worden, die als Laichplätze der Fische dienen.

Hühner, Rinder und anderes Vieh wurden massenweise getötet, Fruchtbäume zerstört – und die Bauern somit ihrer Einkommensmöglichkeiten beraubt. Einige landwirtschaftliche Gebiete werden wegen der großen Mengen Salzwasser Jahre brauchen, bis sie wieder fruchtbar sein werden.

Noch ist offen, wo sie in Zukunft siedeln können. Vorgeblich aus ökologischen Gründen wird ihnen verwehrt, ihre Häuser an der Küste wieder aufzuschlagen. Die Regierungen der jeweiligen Länder haben nur denen (recht geringe) Beträge zugesagt, die ihre Existenzgrundlage *verloren* haben. Für den Neubeginn reichen diese Mittel in der Regel nicht.

Die Hilfsmaßnahmen kommen zudem nur schleppend voran. Das Ausmaß an Zerstörung ist dafür nur ein Grund unter anderen. Berichte über Korruption, die Instrumentalisierung der Hilfe durch die Politik und Militär und eine mangelnde Koordination der Hilfe kommen aus allen Flutregionen. Wer über Geld oder gute Beziehungen verfügt, konnte sich selbst helfen bzw. sich die staatliche Unterstützung sichern. In Thailand ist die Tourismusindustrie wieder auf den Beinen, weil ihr wirtschaftspolitisch Vorrang eingeräumt wird – die Armen mussten allerdings irgendwie selbst zurechtkommen.

Überall wächst die Ungeduld und der Ärger der Bevölkerung – auch weil sie wissen, dass unvorstellbar viel Geld bereitstehen sollten, das vorrangig für sie gedacht ist. „Die vertriebene Bevölkerung hat von Milliarden von Dollars gehört und

sie sitzen immer noch in ihren Zeltern und sagen „Ich will mein Leben und mein Umfeld wieder“, so der UN-Nothilfebeauftragte JAN EGELAND.

### Menschenrechte auf Abstellgleis

Innerhalb von Minuten haben die Flutwellen über Hunderttausende in den Tod gerissen und die Ressourcen der Armen zerstört. Gesellschaftliche Beziehungen und Strukturen aber sind beharrlich. Patriarchat, ethnische Diskriminierung und Kastengesellschaft sind Strukturen, die sich gerade in Not und Hilflosigkeit als Rettungsanker anbieten. In Krisensituationen werden Menschenrechte daher erfahrungsgemäß schnell anderen Problemen untergeordnet. Frauen, Kinder, als auch soziale und ethnische Minderheiten sind in Folge des Tsunami verstärkt zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen geworden.

Sie sind in den überfüllten und personell unterbesetzten Flüchtlingslagern, in denen auch vier Monate nach der Flut die Mehrheit der Flutopfer ausharren muss, besonders von Gewalt bedroht und werden benachteiligt. Aus vielen Flüchtlingslagern wurden Vergewaltigungen gemeldet.

Es sind deutlich mehr Frauen als Männer umgekommen. Viele Männer waren auf dem Meer fischen oder haben im Hinterland gearbeitet, während Frauen im Haus gearbeitet haben. Männer waren zudem körperlich eher in der Lage, sich an Bäumen festzuklammern. Und auf die überlebenden Frauen kommt nun noch mehr Arbeit zu.

Da es in der Regel Männer sind, die planen und Frauen, die für die Alltagsarbeit wie Wasser und Essen besorgen, Kinderbetreuung oder Waschen zuständig sind, leiden Frauen besonders darunter, wenn Notunterkünfte fernab der alten Heimat aufgebaut wurden. Sie müssen die weiten Wege meist zu Fuß machen, die Fahrräder

der wurden dem männlichen Haushaltsvorstand ausgehändigt. Dass es zu wenige Toiletten gibt, ist für Männer, die sich auch im Freien erleichtern oder umziehen, zu verschmerzen. Kinder haben nun lange Schulwege.

Männer bekommen von den Beamten Landtitel und oft auch das Übergangsgeld für die ganze Familie ausgehändigt. Witwen bekommen weniger und später Hilfe, denn sie gelten nicht auf Anhieb als Haushaltsvorstand (siehe auch Beitrag von UNGER in diesem Heft). Bevor der Tsunami sie verwitwet hat, hatten sie zudem formal kein eigenen Besitz und kein Einkommen. Da aber nur das erstattet wird, was man vorher besessen hat, gehen sie leer aus.

„Heißt Wiederaufbau“, so fragte daher NIRUJ REVATHI vom *Alternative Law Forum*, „dass man denen, die Ressourcen verloren haben, diese bis zur ursprünglichen Menge ersetzt und diejenigen, die sozial und wirtschaftlich benachteiligt waren, dort lässt, wo sie waren, am untersten Rand der Hierarchie? Oder sollte die Politik nicht versuchen, das Problem der sozio-ökonomischen Marginalisierung anzupacken?“

### Im Würgegriff des Militärs

Ein menschengerechter Wiederaufbau wird durch andauernde Konflikte zusätzlich erschwert. Das zeigt ein Blick nach Sri Lanka und Aceh, die Regionen, die am schwersten von den Flutwellen getroffen wurden.

In Aceh sollen 100.000 obdachlos Gewordene die nächsten zwei Jahren in Behelfsbaracken leben, bis ihre neuen Häuser fertiggestellt sind. Menschenrechtsgruppen sehen die Gefahr, dass die Armee durch die Zusammenlegung in Sammelunterkünften die Bevölkerung unter Kontrolle halten möchte. Böse Erinnerungen kommen hoch, da das Militär in Aceh früher auch Camps angelegt hatte, um die Bevölkerung zu kontrollieren und die Unabhängigkeitsbewegung zu bekämpfen.

Seit der Konflikt im Zuge der wirtschaftlichen Ausbeutung und politischen Fremdbestimmung in den 1970er Jahren ausgebrochen ist, hat die indonesischen Armee hat massive Menschenrechtsver-

letzungen begangen. Wahllose Kontrollstützpunkte, willkürliche Verhaftungen, Vergewaltigungen, Folter, Misshandlung von Gefangenen, Mord und Verschwindenlassen. Daran hat sich auch nach dem Ende der SUHARTO-Diktatur nichts geändert – nur, dass die Verbrechen neuerdings im Namen der ‘Terrorbekämpfung’ verübt werden.

So ist es auch nach dem 26. Dezember 2004 zu Menschenrechtsverletzungen durch das Militär gekommen, berichtet die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. Menschen wurden an Kontrollpunkten oder Militäroperationen erschossen, persönliche Habe bei Verkehrskontrollen konfisziert, eine Frau, die sich auf dem Weg zur Entbindung ins Krankenhaus befand, wurde angeschossen und verblutete.

Das Militär hat größtenteils erfolgreich von Beginn an die Hilfsgüterströme zu kontrollieren versucht und sie eingesetzt, um die Bevölkerung gefügig zu machen. Soldaten – oft junge Männer aus weitentfernten Ecken Indonesiens, die nur wenig Sold erhalten – bereichern sich an den Gütern und fordern von ausländischen Hilfskonvois (illegale) ‚Gebühren‘.<sup>1</sup> Der Anti-Korruptionsaktivist FARID FAQIH wurde verhaftet und schwer misshandelt, nachdem er behauptet hatte, die Regierung würde die Zahl der Opfer übertreiben, um mehr Geld zu bekommen und dem Militär vorgeworfen hatte, Hilfsgüter zu stehlen. „Man versucht, die Nichtregierungsorganisationen von der Überwachung des Wiederaufbaus abzuhalten“, meinte HAYIE MUHAMMAD, Aktivist der Anti-Korruptions-NGO Procurement Watch. „Was FARID FAQIH zugestoßen ist, war eine Art Schocktherapie, die als Botschaft an andere gedacht ist.“

Die Firma des Vizepräsidenten soll zahlreiche der Infrastrukturprojekte zugesprochen bekommen. Die Wiederaufbaupläne wurden (daher?) nicht mit den Menschen vor Ort oder selbst der Provinzregierung abgestimmt, geschweige denn von ihnen zu Wege gebracht – Ausdruck des Zentralismus in Indonesien. Der Aufbau vor Ort kommt erst langsam in Gang, da die Regierung lange auf einen Master Plan warten ließ.

### Frieden in Aceh?

Im Gegensatz zu Sri Lanka scheinen der Tsunami und das massive Aufgebot an Ausländer/innen, die als Hilfskräfte das erste Mal seit Jahren wieder in die Provinz gelassen wurden, Bewegung in den Friedensprozess gebracht zu haben. Nach drei Runden von Friedensverhandlungen zwischen indonesischer Regierung und GAM in Helsinki unter Vermittlung des ehemaligen finnischen Staatspräsidenten MARTTI AHTISSARI, könnte der Durchbruch kurz bevorstehen. Die GAM ließ ihre kompromisslose Forderung nach Unabhängigkeit fallen und erklärte sich mit einer „Selbstregierung“ zufrieden. Die indonesische Regierung schlug im Gegenzug eine „Sonderautonomie“ vor. Noch ist offen, was genau unter „Selbstregierung“ zu verstehen ist und welche Bedingungen die GAM konkret stellen wird. Der Übergabe der Regierungsgewalt (bis auf militärische Angelegenheiten) an eine Regionalregierung Acehnesen und internationalen Verfahren gegen Menschenrechtsverletzungen der Militärs, wie von der GAM gefordert, wird die Nationalregierung so leicht nicht zustimmen. Sie will nicht einmal der GAM erlauben, eine politische Partei aufzustellen. Im zentralistischen Indonesien müssen Parteien über Untergliederungen in der Hälfte der 33 Provinzen verfügen. Einem (weitgehenden) Abzug des Militärs will die indonesische Regierung auch erst *nach* Friedensschluss zustimmen. Sperrte sie sich anfangs noch gegen ausländische Beobachter/innen des Friedensprozesses, so würde die Regierung mittlerweile zumindest dem Einsatz eines symbolischen Kontingents von 100 Personen zustimmen. Und offiziell ist das Kriegsrecht aufgehoben worden.

Doch das Misstrauen ist weiterhin groß und die Wunden tief. Nachdem ausländische Militärkontingente Ende März abziehen mussten, sind nunmehr zivile Helfer/innen die einzige Ausländer, die in der Provinz verbleiben können. Eine der größten Ängste der Menschen vor Ort ist, dass das Militär Aceh wieder hermetisch abschließen wird, sobald die Ausländer/innen die Provinz verlassen haben.

Dabei fürchten sie nicht allein die staatliche Gewalt. Indonesien gilt als eines der



Aufnahme: Michael Hoppe 2005

**Banda Aceh: Wo ehemals Häuser standen öffnet sich nun eine weite Fläche bis zum Meer**

korruptesten Länder der Welt. Und ohne die Ausländer vor Ort fürchten Aktivist/innen, dass Regierung und Militär sich an den Hilfgelder bereichern werden und die Ausbeutung der reichen Öl- und Bodenschatzvorkommen in der Provinz weiterhin fortsetzen, ohne die Menschen vor Ort daran Anteil haben zu lassen.<sup>2</sup>

#### **Schlagseiten beim Wiederaufbau**

Von den etwa 40.000 Todesopfer in Sri Lanka sollen zwei Drittel im mehrheitlich von Tamilen und Muslimen bewohnten Nordosten ums Leben gekommen sein. 1,2 Millionen Menschen leben nun in Flüchtlingslager. Fünf Monate nach der Flut werden 910.000 Menschen vom World Food Programme mit Lebensmitteln versorgt – das sind 5 Prozent der Bevölkerung Sri Lankas.

Rund zwei Drittel des Küstenstreifens sind von der Flut betroffen. 97.000 Häuser sollen neu gebaut werden, gerade einmal 119 sind schon fertig. Die meisten Fischer sitzen noch untätig herum, da bislang kaum neue Boote zur Verfügung stehen. Die finanzielle Hilfe durch die Regierung ist minimal. 15.000 singhalesische Rupien

(120 €) Soforthilfe für jeden verlorenen Angehörigen – nicht mehr als zwei Durchschnittsmonatslöhne –, bis Juni monatlich 5.000 Rupien pro Familie Nothilfe. Viele Opfer sagen, sie hätten bislang bloß zwei Monatsraten erhalten.

Im Hafen von Colombo stehen rund einhundert Container mit Hilfsgütern aus dem Westen. Dort stecken sie fest, da die Regierung mittlerweile Einfuhrzölle auf Hilfsgüter erhebt und die Hilfsorganisationen nicht bereit sind, diese zu bezahlen.

Wie in Indonesien und Thailand auch, hat die Regierung von Sri Lanka in unmittelbarer Nähe zum Meer ein Bebauungsverbot erlassen. Häuser dürfen nicht näher als 100 Meter, im Nordosten sogar 200 Meter an der Küste (wieder) aufgebaut werden. Die Regierung will die Überlebenden in flutsicheren Gebieten landeinwärts neu anzusiedeln.

Das UN-Umweltprogramm UNEP hält dies zwar für eine gute Idee. Die Pufferzone, die mittlerweile überall durchgesetzt wird, stößt unter den Betroffenen auf Proteste. Die für die neuen Siedlungsorte vorgesehenen Gegenden sind oft weit

vom Meer entfernt. Straßenhändlerinnen, Handwerker und Saisonarbeiterinnen werden dann weite Wege zu ihren Arbeitsplätzen zurücklegen müssen oder verlieren ihre Auftraggeber. Fischer müssen nahe der Küste leben, um ihre Boote und Netze im Blick zu behalten und zügig zum Fischen ausfahren zu können.

In vielen Orten entlang der zerstörten Küste Sri Lankas weigern sich viele, in die geplanten Satelliten-Städtchen ziehen. „Ich werde nicht von hier weggehen“, so ein Ladenbesitzer, dessen Geschäft 100 Meter von der Küste entfernt lag. „Dies ist das Land meiner Vorfahren und wir haben hier schon unser ganzes Leben lang unser Geschäft geführt.“ Die Gewitztesten unter ihnen haben in einer Nacht- und Nebelaktion provisorische Holzhäuser aufgebaut – und hoffen, dass diese verschont bleiben werden.

In allen Ländern besteht der Verdacht, dass die Regierungen die Küstenstreifen eher räumen wollen, um sie „wirtschaftlich nutzbar“ zu machen. In Sri Lanka wollte die Regierung schon lange den Küstenstreifen räumen, um dort große Touristenanlagen anzusiedeln.<sup>3</sup> Gleiches gilt



Aufnahme: unbekannt

### Zerstörungen in Aceh

für eine umstrittene Autobahn und einen Tiefseehafen, dessen Bau wegen Protesten der lokalen Fischer, die im Angesicht der Fischtrawler um ihre Existenz fürchten, vor einigen Jahren eingestellt werden musste, die nun wieder im Entwicklungsplan der Regierung auftauchen.

An den Stränden Südthailands haben sich Immobilienfirmen Land unter den Nagel gerissen. Schlägertypen lassen die zurückkehrenden Bewohner/innen wissen. „Dies ist nicht euer Land. Es gehört dem großen Boss. Der Tsunami hat Euch nicht gekriegt. Aber wir können Euch kriegen.“ (International Herald Tribune, 13.2.05). „Arm zu sein heißt nicht, dass die Regierung uns behandeln kann wie sie will.“ erklärt ein Vertreter eines ‚Bürgerbündnisses für die Betroffenen des Tsunami‘ vor Ort.

### Trübe Aussichten für den Nordosten Sri Lankas

Sri Lanka hat eine jahrzehntelange Geschichte von religiös verbrämtem Ethnochauvinismus und ethnischen Unruhen. 20 Jahre tobt schon ein Bürgerkrieg zwischen singhalesisch dominierter Regierung und der LTTE, die auch mit Hilfe von Gewalt ein Alleinvertretungsrecht unter den Tamilen durchgesetzt hat. Die Atmosphäre zwischen singhalesischem Süden und tamilisch-muslimischem Norden ist weitgehend vergiftet.

„In den ersten Tagen aber“, berichtete der Daily Mirror aus Colombo am 24.

Januar, „half jeder den Betroffenen ohne Ansehen von Rasse, Ethnie, Kaste oder Klasse. Bedauerlicherweise verschwinden diese positiven Signale nun und in Sri Lanka herrscht wieder eine Politik der Spaltung.“ Es ist in den letzten Monaten zu mehreren Morden auf beiden Seiten gekommen.

Der traditionell von der Regierung benachteiligte Nordosten hat darunter besonders zu leiden, er ist zwar am stärksten vom Tsunami betroffen, doch Hilfslieferungen werden immer wieder verzögert. Diese Region ist in den letzten 20 Jahren Schauplatz des Bürgerkrieges gewesen, 45.000 Menschen leben daher oft schon seit Jahren in Flüchtlingslagern. Auch ihnen muss geholfen werden.

Die von der LTTE kontrollierten Gebiete haben besondere Schwierigkeiten, bis auf Nothilfe kann dort nur wenig geschehen. Ein bereits ausgehandelter gemeinsamer Koordinationsmechanismus für die Verteilung der Hilfe (*joint mechanism*) zwischen Regierung, LTTE und anderen Bevölkerungsgruppen für den Nordosten kann nicht umgesetzt werden, da der kleine singhalesisch-nationalistische Regierungspartner JVP mit dem Austritt aus der Regierung droht.<sup>4</sup> Auch der buddhistische Klerus protestiert. „Wenn die internationale Gemeinschaft Sri Lanka zwingt, mit einer terroristischen Gruppe wie der LTTE zu verhandeln, dann müssen sie uns erst helfen, sie zu entwarnen,“ so ATHURALIYE RATHANA von Buddhist National

Heritage Party im Vorfeld des Hilfspipfels von Kandy Mitte Mai.

Seit 2002 gilt zwar ein Waffenstillstand, doch von Friedensverhandlungen sind zur Zeit keine Rede. Die Regierung fürchtet eine Stärkung der LTTE und damit die Einschränkung ihrer staatlichen Souveränität, die LTTE fürchtet, an Einfluss zu verlieren. Hier könnte der joint mechanism als erste vertrauensbildende Maßnahme dienen.

Mitte Januar hatte Präsidentin KUMARATUNGA in 14 von 25 Bezirken des Landes Notstandsbestimmungen erlassen. Um die öffentliche Ordnung und die wichtigen öffentlichen Dienste aufrechtzuerhalten, geben die Notstandsbestimmungen Polizei und Militär weitreichende Vollmachten. Lokale Militärbefehlshaber dürfen Gebäude, Land und Fahrzeuge für die Nothilfe beschlagnahmen. Sie dürfen jeder Person befehlen, jegliche Arbeit und jegliche Dienstleistung zu erbringen, nicht nur im Rahmen der Wiederaufbauarbeiten, sondern auch, wenn es die nationale Sicherheit erfordere. Das kommt einer Zwangsrekrutierung gleich.

„Es ist unwahrscheinlich, dass die Bestimmungen nach dem Ende der Aufräumarbeiten wieder aufgehoben werden“, meint der Sunday Mirror.

PANINI WIJESIRIWARDANA sieht diese Maßnahmen im Zusammenhang mit den negativen Folgen, die die Art und Weise des Wiederaufbaus für die einfachen Menschen und die Verarmten hat. „Die Regierung Sri Lankas war völlig unfähig, diese großen sozialen Probleme vor der Katastrophe zu lösen. Nun ist sie noch viel weniger dazu in der Lage.“

### Ausblick

Selbst wenn die Hilfe effizient und passgenau eingesetzt werden würde, geht die Internationale Arbeitsorganisation ILO davon aus, dass erst Ende 2005 Häuser, Infrastruktur und Betriebsstätten am Indischen Ozean wieder so hergerichtet sein könnten, dass 60 Prozent der Betroffenen sich wieder selbst versorgen könnten, weitere 25 Prozent bis Ende 2006.

Und für alle Flutregionen gilt: es gibt weit mehr Probleme zu lösen als die unmittelbaren Flutfolgen zu beseitigen. Eine

Rückkehr zum Status Quo nach Abschluss der Not- und Wiederaufbaumaßnahmen würde für die durch das Seebeben betroffenen Menschen und Orte weiterhin hoffungslose Armut bedeuten.

Die Armen - so stellte der Weltentwicklungsbericht für 1998 fest - müssen an katastrophengefährdeten Orten siedeln, weil wohlhabendere Menschen und Unternehmen mit Hilfe des Marktes und ihres politischen Einflusses sich das übrige Land sichern.

Ohne einen grundlegenden Wandel in der nationalen und internationalen Politik der Armutsbekämpfung werden die Armen auch bei der nächsten Naturkatastrophe und der fortwährenden ökologischen Degradierung weiterhin die Hauptleidtragenden sein. Sie werden weiterhin die Ressourcen, derer sie habhaft können, übernutzen müssen, um zu überleben.

Es braucht mehr als die übliche symbolische Sozialpolitik. Um die Armen weniger verletzlich zu machen, empfiehlt die ILO daher den (Wieder-) Aufbau von sozialen Sicherungs- und Schutzinstitutionen für den formellen wie auch den informellen Sektor.

Es wird darüber hinaus zu Änderungen in der Wirtschaftspolitik kommen müssen: Mit Nothilfe und Ausgleichszahlungen allein ist etwa den Fischern langfristig nicht geholfen. Damit sie auch in Zukunft noch vom Fischen leben können, müssen sie gegen die Konkurrenz durch industrielle Fangflotten geschützt werden und sind auf den Schutz der maritimen Ökosysteme angewiesen. Und ohne eine Lösung der Konflikte in Aceh und Sri Lankas Nordosten werden die meisten Menschen dort weiterhin in bitterer Armut leben müssen.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Rosa Grabe berichtet, dass in vielen Dörfern nicht nur das Militär, sondern davor auch die GAM 10 Prozent der Hilfslieferungen gefordert hat.

<sup>2</sup> Die *Far Eastern Economic Review* vom 29.7.2004 schätzt, dass 30 Prozent der ausländischen Entwicklungsgelder der Korruption zum Opfer fallen. Ein Weltbankbericht von 2003 führt dies darauf zurück, dass die Wahrscheinlichkeit, erwischt zu werden, gering ist, da die zuständigen Anti-Korruptionsbehörden schlecht ausgestattet und die nationale Antikorruptionsgesetzgebung schwach auf der Brust sind.

<sup>3</sup> Anfang März, anlässlich der Internationalen Tourismusmesse in Berlin ließ Premierminister Rajapakse verlauten, die touristischen Möglichkeiten werden „sogar noch besser als vor der Katastrophe werden. Mit dem Wiederaufbau wird viel Infrastruktur erneuert. Durch das Gesetz, dass Wiederansiedlung in einer Breite von 100 Metern vom Meer verbietet, werden die Strände vergrößert.“

<sup>4</sup> Die JVP, die einen beachtlichen Rückhalt unter der singhalesischen Bevölkerung hat, betrachtet die Tamil Tigers als „Faschisten, die weder politische Selbstbestimmung noch Tsunamihilfe verdienen.“ In den 1970ern hatte die JVP zwei Aufstände mit mehr als 50 000 Toten ausgelöst – später hat sie Hunderte von Menschen getötet, weil sie indische Produkte gekauft hatten.

Niklas Reese [n.reese@asienhaus.de] ist Sozialwissenschaftler und Mitarbeiter des Asienhaus-Projektes 'Armut, soziale Ungleichheit und Globalisierung'. Zur Zeit arbeitet er unter anderem zu den sozialen und ökologischen Dimensionen der Flutkatastrophe im Indischen Ozean ([www.asienhaus.de/tsunami](http://www.asienhaus.de/tsunami)) und war im April/Mai für mehrere Wochen in Sri Lanka in einigen der vom Tsunami betroffenen Regionen.

## Die Flutkatastrophe in Süd- und Südost-Asien Ein persönlicher Zwischenbericht einer privaten Hilfsinitiative

Bernd Unger

### Wie alles begann

Wenige Tage nach der verheerenden Flutkatastrophe, die am 26. Dezember 2004 die Küsten Süd- und Südost-Asiens verwüstete, schrieb mir ein indonesischer Freund, dass unsere gemeinsame Freundin DEWI (26) ihre Familie in Banda Aceh vermisste. Sofort bot ich DEWI meine Hilfe an, die sie aber nur zögerlich annahm. Sie bat mich im Einzelnen um Geld, Kleidung und Medizin. Daraufhin nahm ich zunächst Kontakt auf mit meinen indonesischen Freunden in Yogyakarta. Sie sollten für mich Geld vorstrecken, damit sich DEWI möglichst rasch auf die Suche nach ihrer Familie begeben konnte.

Parallel schickte ich eine Email an Freunde und Bekannte. Ich erzählte von DEWI und bat sie um finanzielle Unterstützung. Die Reaktionen waren und sind bis heu-

te überwältigend: Ich erhielt Emails, in denen ein unerwartetes Mitgefühl ausgesprochen wurde; ich bekam Anrufe, in denen mir volle Unterstützung zugesichert wurde; ich erhielt Geldbeträge, die meine Erwartungen um ein Vielfaches überstiegen. Meine Freunde und Bekannten unterstützten meinen Aufruf nicht nur durch Worte und Spenden, sondern sie leiteten den Hilferuf auch weiter. Damit hatte ich nun überhaupt nicht gerechnet. Plötzlich erhielt ich Zustimmung und vor allem Spendengelder von Menschen, die ich noch nie in meinem Leben gesehen hatte.

Das Vertrauen und die Hoffnung, die in meine private Hilfsinitiative gesteckt wurde und wird, ehrt und verpflichtet mich. Schnell wurde mir klar, dass die Aktion mehr Transparenz bedarf. Deshalb halfen

mir Freunde praktisch über Nacht, für meine Spendenaktion eine eigene Homepage einzurichten.

In diesen dramatischen Tagen informierte mich DEWI auch noch, dass man ihre vermissten Familienmitglieder tot aufgefunden habe. Wie sich jedoch etwas später herausstellte, hatte sie glücklicherweise nicht ihre komplette Familie verloren.

### Transfer der Spendengelder

Das gespendete Geld überwies ich zum größten Teil an einen deutschen Bekannten, der derzeit in Yogyakarta lebt und arbeitet, einen Rest nahm ich persönlich mit, als ich im Februar 2005 für mein Uni-Projekt nach Yogyakarta reiste. Die Transferverluste reduzierten sich dadurch auf wenige Euros.

DEWI eröffnete auf Java ein Konto, um